

VERTRETER. Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel will nicht hinter Kanzler und Ministern zurückstehen. Wie die Kabinettsmitglieder möchte der Parlamentschef einen ständigen Bevollmächtigten in Berlin ansiedeln. Von Hassels Kandidat für den Vertreter-Posten: Ministerialdirigent Heribert Kalveram, bislang stellvertretender Bundestagsdirektor.

VORMARSCH. FDP-Bundesgeschäftsführer Hans Friderichs will in seinem Wahlkreis auch in NPD-Veranstaltungen agitieren. Auf einer Pressekonferenz hatte der Freidemokrat seine Bereitschaft erklärt, mit dem NPD-Führer zu diskutieren. Daraufhin lud von Thadden Friderichs „freundlicher“ ein, am kommenden Freitag zur NPD-Kundgebung nach Bad Münster am Stein (Rheinland-Pfalz) zu kommen, und sicherte dem FDP-Politiker „entsprechende Redezeit“ zu. Friderichs nahm an, stellte jedoch zur Bedingung:

- ▷ „Gelegenheit zu einer echten Diskussion;
- ▷ „die Veranstaltung muß für jedermann zugänglich sein;

- ▷ „Zuhörer müssen Fragen stellen können;
- ▷ „kritische Teilnehmer dürfen nicht körperlich mißhandelt werden.“

Der Freidemokrat verspricht sich von dieser Diskussion einen ähnlich spektakulären Erfolg wie von einer Podiumsdiskussion vor sechs Wochen in Bad Kreuznach, bei welcher der NPD-Bundestagskandidat Gustav Steppacher erklärt hatte, andere Nationen hätten Kriegsverbrechen begangen, die schlimmer gewesen seien „als normales Vergasen“. Friderichs: „Den habe ich damals abgestochen. Mit den Leuten von der NPD muß man hart reden und nicht ausweichen, wie es jetzt SPD und CDU tun.“

RÜCKZUG. Die Bonner Koalitionspartner verzichten freiwillig auf TV-Sendezeit während des Wahlkampfes. Günter Muggenburg, Chef des Bonner ARD-Büros, plante, vier Tage vor der Wahl prominente Vertreter aller kandidierenden Parteien zu einem Gespräch mit Journalisten ins Studio zu bitten und zudem den Zuschauern die Möglichkeit zu geben, die

Politiker telephonisch zu befragen. ADF, FDP und NPD sagten zu. Die Manager der Regierungsparteien, Heck (CDU) und Wischnewski (SPD), ließen jedoch Muggenburg wissen, sie seien nicht bereit, mit Adolf von Thadden in einem Studio zu sitzen. ARD-Koordinator Dieter Gütt über den Rückzieher der großen Parteien: „Sie haben Angst.“

ENTWICKLUNGSHILFE. Francos Spanien will sich seine Panzerwaffe selber schmieden — mit deutscher Hilfe. Madrid wartet derzeit auf das endgültige Preisangebot für 300 „Leopard“-Panzer. Die Panzer sollen in einem chronisch defizitären staatlichen Stahlwerk an der Biskayaküste hergestellt werden. Davon erhoffen sich die Spanier zweierlei Vorteil:

- ▷ Prestigegewinn für die Renommier-Stahlküche des Regimes und
- ▷ niedrigere Panzerpreise wegen niedriger Löhne.

Beide Hoffnungen dürften sich nicht erfüllen. Deutsche Industrielle bezeichnen das Stahlwerk als „völlig verrotteten Laden“. Überdies gehören die Arbeiter der Provinz Asturien zu den streikfreudigsten Spaniens. Belgier und Holländer, ebenfalls „Leopard“-Kunden, machten zudem die Erfahrung, daß ihre teilweise selbstmontierten Panzer erheblich teurer sind, als wenn sie komplett in Deutschland gekauft worden wären. Auch politische Hindernisse sind vor einem Vertragsabschluß noch zu überwinden: Weder Bonn, das den Export von Kriegswaffen ins Nicht-Natoland genehmigen muß, noch London, das wegen der Spannungen um Gibraltar kaum einer Lieferung der britischen „Leopard“-Kanone an Madrid zustimmen dürfte, haben bisher ihr Plazet gegeben.

KASSENSTURZ. Die Bundesregierung bittet den „Verband Deutscher Studentenschaften“ (VDS) zur Kasse. Seit der SDS — vor drei Monaten — den VDS-Vorstand übernommen hat, gehen kaum noch Mitgliedsbeiträge ein, weil die Aetas entweder nicht zahlen wollen oder — auf Anordnung ihrer Rektoren oder Kuratoren — nicht zahlen dürfen. Restvermögen des VDS: 294 000 Mark. Schulden: 340 000 Mark. Hauptgläubiger der Studenten ist die Bundesregierung, da der VDS vom 800 000-Mark-Zuschuß des Vorjahres 160 000 nicht ausgegebene Mark noch nicht zurückgezahlt hat. Binnen Wochenfrist will das Innenministerium nun die Außenstände eintreiben. Ministerialrat Erwin Lunke: „Mit Rücksicht auf die Steuerzahler können wir uns nicht viel Zeit lassen.“ Dazu VDS-Vorstand Julian von Eckardt: „Noch in dieser Woche kriegt Herr Lunke sein Geld.“

Dringender Verdacht



Wegen „Verunglimpfung von Verfassungsorganen“ erstattete Kanzler Kiesinger Anzeige gegen die „Stuttgarter Projektgruppe Presse und Information in der Apo“. Gegen 35 Mitglieder des Herausgeber-Kollektivs, das eine monatliche „Plakat“-Zeitung fertigt, läuft bereits eine richterliche Voruntersuchung. In der Juli-Ausgabe hatten die Jung-Autoren eine Photomontage mit Kiesinger, Franco und Hitler (unteres Bild) gezeigt, um des Kanzlers NS-Vergangenheit und Franco-Bewunderung (Kiesinger nach einem Spanien-Besuch: „Bei Franco hat mich die präzise Analyse und die Klarheit seiner Gedanken beeindruckt“) ins Bild zu setzen. Unbehindert hatte die Gruppe bereits im Januar 400 Exemplare eines Hitler-Kiesinger-Plakats (oberes Bild) gedruckt und zum Preis von 50 Pfennig verkauft. Auch das Poster „Ein Mann hat seine festen Freunde“ hatte zwei Wochen im Schaufenster des Stuttgarter „Club Voltaire“ gehangen. Erst am Vorabend des Evangelischen Kirchentages in Stuttgart beschlagnahmten Kriminalbeamte das Plakat wegen „des dringenden Verdachts... auf ein Vergehen der Beleidigung“. Gegen die Urheber der Montage wird nicht ermittelt: „Pardon“ hatte im April-Heft mit dem Plakat für Spanien-Reisen geworben.

